

# Rechenschaftsbericht 2007<sup>1</sup>

## 1. Amt

### 1.1. Management und Support

*Rückblick:* Die mit dem Globalbudget gesetzten Ziele und die Erfolgskenngrößen aus der ISO-Zertifizierung wurden weitgehend erreicht. Die Rezertifizierung nach ISO 2000:9001 wurde erfolgreich erreicht.

*Ausblick:* Im Hinblick auf das am 1. 1. 2008 in Kraft tretende Sozialgesetz wurde eine kleinere Amtsreorganisation vorgenommen, mit welcher der Bereich Familie, Kind zur Abteilung Familien, Erwachsenen- und Kinderschutz übertragen wird.

### 1.2. Grundlagen soziale Sicherheit

*Rückblick:* Im Vordergrund stand die Umsetzung des Sozialgesetzes, namentlich die Sozialverordnung, die Sozialplanung (Entwicklung von Leitbildern in allen sozialen Leistungsfeldern) und die Neuorganisation der Sozialregionen.

*Ausblick:* Wie 2006 steht im Bereich soziale Sicherheit die Kantonalisierung der IV-Wohnheime und Werkstätten im Vordergrund.

## 2. Sozialprävention

Die Sozialprävention wird als Querschnittsaufgabe generell in allen sozialen Leistungsfeldern erbracht. Um die Aufgaben zu koordinieren wird jedoch eine Beauftragte eingesetzt, welche diese Querschnittsaufgabe vernetzt.

### 2.1. Projekte

#### *Sozialpreis*

Um das Bewusstsein für die sozialen Aufgaben des Staates in der Öffentlichkeit zu stärken und den Kunden als Anbietende sozialer Dienstleistungen einen Anreiz zu geben, wurde 2007 erstmals ein Sozialpreis vergeben (RRB Nr. 2006/491 vom 7. März 2006). Der Sozialpreis soll beispielhaftes Handeln entweder als Unternehmenspreis oder als Innovationspreis oder als Preis für die Freiwilligenarbeit oder als allgemeine Anerkennung würdigen. Die Ausschreibung stiess auf ein sehr grosses Interesse. Insgesamt 60 Bewerbungen und Empfehlungen sind eingetroffen. Eine zehnköpfige Fachjury hatte dem Regierungsrat aus vielen qualitativ hochstehenden Eingaben eine Liste mit sechs möglichen Preisträgern vorgeschlagen. Der Regierungsrat entschied dann mit RRB Nr. 2007/1387 vom 13. August 2007, das Unternehmen M-real Biberist und die Stiftung Lernforum, Olten zugleich mit dem Sozialpreis auszuzeichnen. Sie teilten sich das Preisgeld von Fr. 20'000.-. Vier anderen Bewerbern - Das andere Lager, Stiftung Schreinerschule, Suchhilfe Region Olten, Peter Holzherr für das Zentrum Passwang - wurde zur Nomination ein Anerkennungspreis von je Fr. 2'500.- verliehen. Die Ausschreibungsmodalitäten und die Feier zur Preisverleihung werden beibehalten.

<sup>1</sup> () Die Zahlen in Klammern basieren auf dem Stichtag per 31.12. oder aber auf dem Durchschnittswert des Jahres 2007.

### Sozialtag

Am gleichen Tag fand unter dem Titel „1. Sozialtag Kanton Solothurn“ eine Fachtagung statt. Die Schulung war dem auf den 1. 1. 2008 in Kraft tretenden Sozialgesetz gewidmet. Die Tagung wurde aufgrund der Aktualität der Thematik von 240 Personen besucht. Der Sozialtag ist weiterhin durchzuführen, das Programm ist jedoch ablaufmässig und inhaltlich zu überdenken.

### Freiwilligenarbeit - Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen

Gestützt auf RRB Nr. 2007/164 vom 29. Januar 2007 wurde eine Leistungsvereinbarung mit der Trägerschaft der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen, dem Verein für Selbsthilfe, eine Leistungsvereinbarung für die Jahre 2007 bis 2009 geschlossen. Damit wurde die Art, die Qualität und der Umfang der von der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen zu erbringenden Dienstleistungen sowie die finanzielle Unterstützung der Trägerschaft geregelt. Das Dienstleistungsangebot, insbesondere die Beratung von Selbsthilfeinteressierten und die Vermittlung sowie Unterstützung von Selbsthilfegruppen, ist damit gewährleistet. Der jährliche finanzielle Unterstützungsbeitrag durch den Lotteriefonds beträgt für das Jahr 2007 Fr. 60'000.-, für das Jahr 2008 Fr. 45'000.- und für das Jahr 2009 Fr. 30'000.-.

## 2.2. Fonds - Stiftungen - Sammlungen

### Alkoholzehntel

Über die Verteilung der Mittel aus dem Alkoholzehntel gibt der jährliche Rechenschaftsbericht an die eidgenössische Alkoholverwaltung Aufschluss.

### Adolf Schläfli-Fonds

Im Jahr 2007 (2006) wurden 5 (6) Gesuche bewilligt und 4 (8) Gesuche abgelehnt.

Grössere Beiträge ab Fr. 20'000.00 wurden an folgende Institutionen geleistet:

- RRB-Nr. 2005/1905 vom 13. September 2005 / Kompass "Leistungsvereinbarung" Fr. 120'000.00
- RRB-Nr. 2005/2638 vom 20. Dezember 2005 / INFOCLICK.CH Fr. 50'000.00
- RRB-Nr. 2006/467 vom 7. März 2006 / Kompass Projekt "Qualitätsmanagementsystem KiJuB" Fr. 20'000.00
- RRB-Nr. 2007/649 vom 24. April 2007 / Kompass Pilotprojekt "BAP" Fr. 27'500.00

Unterhaltsausgaben/Versicherungen:	2007	2006
Villa Schläfli (Versicherungen/Wartungsvertrag)	Fr. 6'538.15	Fr. 5'060.60
Villa Schläfli (Unterhaltsausgaben)	Fr. <u>22'059.65</u>	Fr. <u>21'807.85</u>
Total	Fr. 28'597.80	Fr. 26'868.45

Asylzentrum Balmberg (Versicherungen)	Fr. 1'869.70	Fr. 3'198.80
Asylzentrum Balmberg (Unterhaltsausgaben)	Fr. <u>0.00</u>	Fr. <u>32'439.50</u>
Total	Fr. 1'869.70	Fr. 35'638.30

### Mieteinnahmen:

Villa Schläfli	Fr. 60'000.00
Asylzentrum Balmberg	Fr. 120'000.00

Mit den Mieteinnahmen der Villa Schläfli und des Asylzentrums Balmberg und den Zinseinnahmen des Fonds-Vermögens konnten alle Ausgaben gedeckt werden. Das Konto weist in der Rechnungsperiode 2007 (2006) einen Ertragsüberschuss von Fr. 34'348.05

(Fr. 23'339.10) aus. Per 31.12.2007 (31.12.2006) beträgt das Vermögen Fr. 6'614'577.40 (Fr. 6'580'229.35.)

#### *Olga Ziegler-Fonds*

Im Jahr 2007 (2006) wurde 1 (2) Gesuch abgelehnt.

Mit den Zinserträgen wurde das Kapital erhöht. Das Konto weist in der Berichtsperiode 2007 (2006) einen Ertragsüberschuss von Fr. 18'101.10 (Fr. 18'598.75) aus. Per 31.12.2007 (31.12.2006) beträgt das Vermögen Fr. 481'149.10 (Fr. 463'048.00.)

#### *Winkelried-Fonds*

Im 2007 (2006) wurde 1 (2) Gesuch bewilligt.

Mit den Zinseinnahmen konnten die Ausgaben gedeckt werden. Das Konto weist in der Rechnungsperiode 2007 (2006) einen Ertragsüberschuss von Fr. 63'028.25 (Fr. 34'257.25) auf. Per 31.12.2007 (31.12.2006) beträgt das Vermögen Fr. 3'060'551.55 (Fr. 2'997'523.40.)

#### *Bettagskollekte*

Im Berichtsjahr 2007 ergab die Bettagskollekte ein Sammelergebnis von Fr. 162'939.30 (Fr. 167'759.75). Die Sammlung wurde für Projekte im Bereich Freiwilligenarbeit gewidmet.

### **3. Sozialversicherungen - Ergänzungshilfen**

#### **3.1. Sozialversicherungen nach Bundesrecht**

Standardablauf: Keine besonderen Hinweise

#### **3.2. Kinderzulagen**

Standardablauf: Keine besonderen Hinweise

#### **3.3. Ergänzungsleistungen**

Aufgrund eines Planungsbeschlusses wurde die Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien (einkommensschwache Eltern bzw. Eltern in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen) geprüft. Die Vernehmlassungsvorlage liegt im Entwurf vor und soll im Frühjahr 2008 verabschiedet werden.

#### **3.4. Krankenversicherung - Prämienverbilligung IPV**

##### *Prämienverbilligung*

Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat zur Prämienverbilligung in der Krankenversicherung 2008 wurde erarbeitet. Aufgrund der neuen Bundesfinanzierung der Prämienverbilligung wurde das Sozialgesetz revidiert. Der Kantonsbeitrag für die Prämienverbilligung beträgt neu 80% des Bundesbeitrages. Die SP-Volksinitiative für eine faire Prämienverbilligung wurde daraufhin zurückgezogen.

##### *Versicherungspflicht und Befreiung von der Versicherungspflicht*

Im Rahmen des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU wurden im Jahr 2007 512 Gesuche eingereicht, davon wurden 84 ins Jahr 2008 übertragen. Flächendeckende Information der Gemeinden über die Versicherungspflicht. Beratung von Gemeindebehörden über die Durchsetzung des Versicherungspflichtobligatoriums.

### *Genehmigung von Verträgen*

Genehmigung des Vertrages zwischen santésuisse und der Spitäler AG, betreffend der Vergütung der stationären Behandlung von innerkantonalen Patienten der Allgemeinabteilung; Genehmigung des Vertrages zwischen santésuisse und der Spitäler AG über den Taxpunktwert zu TARMED; Genehmigung des Vertrages zwischen santésuisse und der Privatklinik Obach betreffend der Vergütung der stationären Behandlung von Patienten im Rahmen der obligatorischen Krankenversicherung; Genehmigung des Vertrages zwischen santésuisse und der Privatklinik Obach über den Taxpunktwert zu TARMED; Genehmigung des Vertrages zwischen santésuisse und der Klinik Pallas AG, Olten, über den Taxpunktwert zu TARMED.

## **3.5. Alimentenbevorschussung und Inkassohilfe**

Siehe unter Ziffer 8.3. Oberämter

## **4. Soziale Dienste und Gesellschaftsfragen**

### **4.1. Einleitung**

Das Jahr 2007 war geprägt von zahlreichen Projektarbeiten (NFA-Behinderung, Entwicklung von Leitbild und Konzept Sucht sowie Familie, Kind, Jugend, Reorganisation Bewilligung und Aufsicht Pflegekinderwesen, Evaluation und Implementierung Fachstelle Kinderschutz, Präventionskonzept Jugendgewalt, Handlungskonzept Integration).

### **4.2. Familie Kind, Jugend**

#### *Projekt 'Entwicklung Kantonaes Leitbild 'Familie-Kinder-Jugend'*

Das öffentliche Interesse an der Situation von Familien, Kindern und Jugendlichen ist gross. Die Medien berichten aktiv über den Geburtenrückgang sowie die Zunahme der Scheidungsraten, Tagesschulen, häuslicher Gewalt usw. Die zahlreichen Meldungen machen Veränderungen deutlich. Einerseits scheinen traditionelle Familienformen seltener, andererseits sind vermehrt neue Familienformen ersichtlich. Dadurch wird die herkömmliche Rollenteilung innerhalb der Familie neu definiert.

Alle Generationen sind von den Auswirkungen der Familienpolitik direkt betroffen. Daher hat der Regierungsrat auch hier den Versuch gewagt, das Leitbild gemeinsam mit Familien, Kindern und Jugendlichen mittels eines entwicklungsorientierten Ansatzes zu gestalten.

#### *Projekt 'Reorganisation Bewilligung und Aufsicht Pflegekinderwesen'*

2005 wurde festgestellt, dass im Pflegekinderbereich im Kanton Entwicklungsbedarf besteht. Das Amt für soziale Sicherheit im Auftrag des Regierungsrates gemeinsam mit Behörden, Fachpersonen und Betroffenen ein Pflegekinderkonzept entwickelt. Dieses orientiert sich an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen. Das Projektteam hat in einem offenen Prozess die Beteiligten in die Projektentwicklung einbezogen. Dieses Vorgehen hatte den Vorteil, dass gemeinsam mit Pflegefamilien, sozialen Einrichtungen und Behörden ein praxisnahes und bedarfsgerechtes Pflegekinderkonzept gestaltet werden konnte. Das Pflegekinderkonzept orientiert sich an den einschlägigen gesetzlichen Grundlagen (UNO-Kinderrechtskonvention, PAVO). Das Pflegekinderkonzept leistet einen Beitrag für qualitativ gute Kinderbetreuung im Kanton. Die Bewilligungs- und Aufsichtsverfahren sind transparent und kundenfreundlich gestaltet. Diverse Hilfsmittel stehen deshalb als Dienstleistung zur Verfügung. Das Konzept ist kein starres Gebilde, sondern ein dynamisches, sich weiterentwickelndes, zeitgemässes Instrument. Während

der Pilotphase sind Resonanzen aus der Politik und der Gesellschaft erwünscht. Es ist nachvollziehbar, dass das Echo sehr unterschiedlich ausfallen wird, aufgrund der eigenen Erfahrungen mit Familie und Kindheit, der eigenen Wertvorstellungen, Bilder und der damit verbundenen Gefühle, Vorstellungen, Überzeugungen, Illusionen und Realitäten. Die Auseinandersetzungen im Spannungsfeld zwischen den Polaritäten Reglementierung versus Liberalisierung, Professionalisierung versus Laiensystemen aber auch ökonomische Motive versus Kindeswohl fordern und fördern den gesamten Entwicklungsprozess. Die öffentliche Diskussion half, die nötigen Konzeptanpassungen vorzunehmen.

#### *Pilotprojekt Fachstelle Kinderschutz*

Nach der UNO-Kinderrechtskonvention treffen "die Vertragsstaaten alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs-, Sozial- und Bildungsmaßnahmen, um das Kind vor jeder Form körperlicher oder geistiger Gewaltanwendung, Schadenszufügung oder Misshandlung, vor Verwahrlosung oder Vernachlässigung, vor schlechter Behandlung oder Ausbeutung einschliesslich des sexuellen Missbrauches zu schützen, solange es sich in der Obhut eines Elternteils, eines Vormundes oder anderen gesetzlichen Vertreters oder einer anderen Person befindet, die das Kind betreut." (Art. 17; UNO-Kinderrechtskonvention). Gestützt auf RRB 2004/1288 vom 21. Juni 2004 und die Leistungsvereinbarung mit dem Zweckverband Familienberatung, Mütter- / Väterberatung Olten-Gösgen startete das Pilotprojekt Fachstelle Kinderschutz im Januar 2005 mit der sinngemässen Umsetzung des Konzeptes Kinderschutz und dem Aufbau und Betreiben einer entsprechenden Fachstelle. Das Projekt wurde anfangs 2007 evaluiert und ausgewertet. In Experteninterviews wurden 11 Zielgruppen und 51 Personen (Fach-, Lehrpersonen, Polizei, Fachkommissionsmitglieder, Politikerinnen / Politiker und Behörden) zu ihren Erfahrungen mit der fks und dem Kinderschutzangebot der Zukunft befragt. Es zeigte sich, dass das aktuelle Angebot mit Ausnahme von Case Management weitgehend dem Bedarf der Praxis entspricht. Die Organisation hat sich positiv entwickelt, die Dienstleistungen wurden gestützt auf die Leistungsvereinbarung auf hohem fachlichem Niveau erbracht. Zwischen 1.1.2005 und 31.3.2007 wurden 344 Kinderschutz-Meldungen durch die fks begleitet. 77 Anlässe im Bereich Öffentlichkeitsarbeit wurden organisiert und durchgeführt. Die Medien berichteten 31 Mal über Aktivitäten der fks. Drei Grossaktionen im Präventionsbereich wurden von der fks konzipiert und begleitet (vgl. Schlussbericht fks). Die Ergebnisse des gesamten Evaluationsprozesses sind eindeutig: Auch in Zukunft braucht es im Kanton eine Fachstelle für spezialisierten Kinderschutz. Für die nächsten Jahre sind folgende Modelle geplant:

- *Verlängerung der Pilotphase um ein Jahr 2008 – 2009*
- *Angepasstes Dienstleistungsangebot 2009 - 2012 unter neuer Trägerschaft*

Im ersten Quartal 2008 soll demnächst eine Delegation kantonaler- und kommunaler Vertretungen die angestrebte Zielrichtung konkretisieren und spätestens Mitte 2008 soll definitiv über die Zukunft der Fachstelle Kinderschutz entschieden werden.

#### *Anstossfinanzierung und Angebotserweiterung zur familienergänzenden Betreuung.*

Im Jahr 2007 wurde zu drei Beitragsgesuchen betreffend Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung befürwortend Stellung genommen. Dabei handelt es sich um zwei Mittagstischangebote für Kinder ab Kindergartenalter bis zum 9. Schuljahr sowie um eine Tagesstruktur für Kindergarten- und Primarschulkinder. Gesamthaft ermöglichte die Bundesfinanzhilfe eine Angebotserweiterung von mindestens 50 Plätzen.

### **4.3. Alter**

#### *Allgemein*

Keine Bemerkungen

#### *Fachkommission Alter*

Die Fachkommission Alter trat 2007 zu 5 (5) Sitzungen zusammen.

### **4.4. Integration**

Die vom Kanton geleisteten Projektbeiträge haben allein für die Bundesschwerpunkte A und C (Fr. 160'000.- kantonale Beiträge) ein Projektvolumen von insgesamt Fr. 760'000.- generiert (Dritte = Fr. 380'000, Bund = Fr. 220'000). Oder anders gesagt: Mit jedem Franken, den der Kanton in die Integrationsprojekte mit Schwerpunkt Sprache / Kommunikation investiert hat, wurden weitere Fr. 3.75 in Integrationsprojekte des Kantons investiert (Fr. 1.37 Bundesgelder, Fr. 2.38 durch Dritte, vorwiegend Einwohnergemeinden und Teilnehmende). Berücksichtigt man alle vom Kanton unterstützten Integrationsprojekte so steht den Projektbeiträgen des Kantons von 360'000 Franken ein gesamtes Projektvolumen von nahezu 1.1 Millionen Franken gegenüber.

#### *Fachkommission Integration*

Die Fachkommission ist das interdepartementale und politische Bindeglied für die Förderung der Integrationsarbeit. Wichtigste Ansätze an den 3 Sitzungen waren:

- Probleme und Lösungsansätze in der Integrationsarbeit allgemein
- Information durch und Diskussion mit den Anbietern der Deutsch-Integrationskurse
- Schwerpunkteprogramm des Bundes
- Arbeitsmarktintegration
- Interdepartementale Vernetzung

#### *Situations- und Bedarfsanalyse FHNW*

Im Dezember 2005 hat das Amt für soziale Sicherheit die Fachhochschule Nordwestschweiz beauftragt, eine Situations- und Bedarfsanalyse zur Integration von ausländischen Staatsangehörigen im Kanton zu erstellen. Dieser Bericht liegt seit April 2007 vor und dient als Grundlage, die sozial-kulturelle und wirtschaftliche Integration zu fördern.

#### *Deutsch-Integrationskurse*

Die gemeinsamen Anstrengungen von Kanton, Einwohnergemeinden und Anbietern zeigen Erfolg: Die Anzahl Kursteilnehmenden im Projektjahr 08/2006 bis 07/2007 betrug 476 (438 Frauen). Vorjahr 283 (246 Frauen). Es fanden 45 Kurse in 10 Standortgemeinden statt. Vorjahr 28 Kurse in 7 Standortgemeinden. Seit August 2007 ist die Anzahl der Kurse (plus 4) und der Standortgemeinden (plus 4) weiterhin steigend. In den Monaten August 2007 bis Dezember 2007 haben bereits wieder 393 Personen teilgenommen (360 Frauen, 33 Männer). Vergleiche lassen sich aber erst Ende des Projektjahres (Schuljahr), im Juli 2008 ziehen. Ab 2008 werden dann Kalenderjahre verglichen. (Siehe Beilagen 3 und 4).

*Lernen in der Einwohnergemeinde / Alphakurse:* Diese alltagsorientierten Kurse wurden bisher von HEKS AG/SO und ECAP durchgeführt. Die Nachfrage führte zu einer Steigerung von 13 Kursen auf 19 Kurse (siehe Statistik). Ab 2008 hat HEKS die Durchführung der Kurse ganz an ECAP übergeben. Für 2008 konnten weitere Zusatzkurse eingereicht werden.

*Integrationskurs Deutsch / Beruf / Bildung:* Diese Kurse von ECAP richten sich an neu-  
gezogene, junge Migrantinnen und Migranten, die noch nicht lange im Kanton leben,  
keine oder geringe Deutschkenntnisse haben, noch nicht erwerbstätig sind, aber den  
Einstieg ins Berufsleben oder in eine Ausbildung planen. Die Integrationskurse fördern  
eine frühzeitige Integration.

*Leben in der Einwohnergemeinde / Anfänger-Fortgeschrittenen- Intensivkurse:* Die  
Volkshochschule konnte das Angebot von 10 auf 15 Kurse steigern; eine Folge auch der  
Praxis der Abteilung für Ausländerfragen AfA, die Erteilung einer Aufenthaltsbewilli-  
gung vom Besuch eines Deutschkurses (mindestens Niveau A2 nach dem Sprachenport-  
folio) abhängig zu machen. Im vergangenen Jahr gab es zudem eine stark gesteigerte  
Nachfrage nach Intensivkursen. Die Teilnehmenden waren junge "Heiratsemigrantin-  
nen und -emigranten"; durchschnittlich zwischen 18-25 Jahren alt und nur einige Mo-  
nate in der Schweiz. Im Unterricht zeigte sich die Wichtigkeit, mit diesen jungen Er-  
wachsenen weiterführend zu arbeiten.

*MuKi-Deutsch:* Das seit August 2006 neue Angebot der machbar GmbH Aarau im Kan-  
ton ist auf grosses Interesse gestossen. Bis Juli 2007 konnten in 4 Standortgemeinden 7  
Kurse durchgeführt werden. Seit August 2007 sind es 5 Standortgemeinden und vorläu-  
fig 8 Kurse.

*Frauen für Frauen Breitenbach:* Eine erfolgreiche Initiative; Im 2007 konnten 4 Kurse  
(vorher 3) durchgeführt werden. Die meisten Kursteilnehmerinnen sind in Breitenbach  
wohnhaft. In Büsserach bietet eine einzelne Frau Deutschkurse für Frauen an. In den Be-  
zirken Dorneck – Thierstein gibt es Transportprobleme. Es sei für Frauen mit Schulkin-  
dern schwierig, nach Breitenbach zu fahren und ev. andere Kleinkinder mitzunehmen  
und wieder rechtzeitig zu Hause zu sein. Motivierte Frauen werden trotzdem recht gut  
erreicht.

*Putzen Sie Deutsch:* In Zusammenarbeit mit der „Putzschule Mitenand Putzen“ und dem  
Unternehmen „Deutschimpuls“ führen die Spitäler AG vorerst im Kantonsspital Olten  
zwei Pilotkurse (Anfänger und Fortgeschrittene) durch. Kursbeginn April 2008. Der Ar-  
beitgeber stellt die Arbeitszeit zur Verfügung.

#### *Förderung von Erstsprache und Integration*

*Schenk mir eine Geschichte:* Im Projekt des Schweizerischen Instituts für Kinder- und Ju-  
gendmedien SIKJM geht es darum, die Eltern dazu zu animieren, ihren Kindern von frü-  
hem Alter an zu Hause in der Familiensprache Bilderbücher und Geschichten zu erzäh-  
len und vorzulesen. Die Leseanimationen (tamilisch, albanisch, türkisch) haben im Kan-  
tons im September 2007 begonnen und werden im 2008 weitergeführt. Durch den Zu-  
gang zu schwer erreichbaren Familien gelingt es, diese auch für das Erlernen der Lan-  
dessprache zu motivieren.

#### *Begegnung*

*Quartierentwicklungsprojekt „Läbigs Lingeriz“ Grenchen:* Der Kanton  
ist mit einem Gesamtbetrag von Fr. 16'000.- beteiligt, der Bund mit Fr.  
33'000.-. Das im 2006 gestartete Projekt verläuft erfolgreich. Es liegt  
der Schlussbericht zur Quartieranalyse vor. Die soziokulturelle Datener-  
hebung wurde von speziell geschulten Quartierbewohnern erhoben.  
Gleichzeitig wurden von der projektführenden Hochschule Luzern  
Schlüsselpersonen und Aussenstehende befragt. Die Analyse führte zur  
Formulierung von Entwicklungsschwerpunkten und Massnahmenvor-  
schlägen. Die Quartierbevölkerung hatte an einem Workshop Gelegen-

heit, Ideen und Vorschläge einzubringen. Jetzt sind erste Sofortmassnahmen nötig.

*Quartierentwicklung Solothurn West:* Ausgehend von den zunehmenden Problemen in Solothurns Westen (rund um das Schulhaus Brühl) wurde die Idee eines langfristigen Projektes in Zusammenarbeit zwischen der Schule Brühl und der Fachstelle Integration entwickelt. Im Januar 2007 wurden mit der für die Projektleitung vorgesehenen Hochschule Luzern sowie den Verantwortungsträgern von Stadt und Kanton die Grundzüge für das umfassende Projekt festgehalten.

Am 16. Mai 2007 genehmigte die Gemeinderatskommission der Stadt Solothurn das Projekt einstimmig. Das Bundesamt für Raumentwicklung ARE sprach einen Beitrag von Fr. 50'000.- für das Jahr 2007. Der Kanton beteiligt sich mit Fr. 40'000.- am ca. 4 Jahre dauernden Projekt (Integration = Fr. 25'000.-, Amt für Raumplanung = Fr. 15'000.-). Die Stadt beteiligt sich mit Fr. 90'000.-. 300 Quartierbewohnerinnen und Bewohner an der ersten Informationsveranstaltung vom 28. Juni 2007 im Schulhaus Brühl zeigten ihr grosses Interesse, im Quartier etwas in Bewegung zu bringen. Am 30. August 2007 waren die Liegenschaftseigentümer, am 15. September 2007 die Quartierbewohner und am 14. November 2007 die angehenden Quartierforscherinnen und -forscher zu Workshops eingeladen.

*Chor der Nationen:* Mehr als 1000 Zuhörerinnen und Zuhörer verfolgten die 3 Konzerte Ende Juni 2007. Offenbar verkörpert der in der Schweiz einmalige Chor etwas, das mit der Stärke von kultureller Vielfalt zu tun hat. 60 Menschen aus 20 Nationen und aus 4 Erdteilen singen Lieder in 11 Sprachen.

Weitere Auftritte waren: HESO im September und am Tag der Menschenrechte am 9. Dezember 2007.

Das Schweizer Fernsehen berichtete am 11. und 24. November 2007 im Rahmen der Sendung „Singen ohne Grenzen“ mit einem 10 Minuten dauernden Beitrag über den Chor. Das Beispiel zeigt, dass gute, öffentlichkeitswirksame Aktionen notwendig sind und es möglich ist, „Integrations-Botschaften“ zielgruppengerecht hinüber zu bringen.

*Integrationsklasse der Gewerbeschule und der Bezirksschule Solothurn:* Das spezielle an diesen seit 2005 regelmässig stattfindenden Projekten des Alten Spitals Solothurn: Eine stark heterogen zusammengesetzte Gruppe von Jugendlichen (bis zu 11 Herkunftsländer, 12 verschiedene Muttersprachen, 4 unterschiedliche Religionen) erarbeitet unter Anleitung ein „Produkt“ (Theater, Schlussaufführung, Zirkus usw.). Und: Fremdsprachige und schweizerische Jugendliche mit verschiedenem Bildungsgrad begegnen sich (was sonst kaum der Fall wäre), setzen sich konstruktiv, lustvoll und nachdenklich mit dem Thema Integration auseinander. Sie lernen neue, ungewohnte Formen des Ausdrucks kennen und können diese erproben. Die öffentliche Schlussveranstaltung dient den Jugendlichen als Ansporn zum engagierten Mitmachen und gibt ihnen die Möglichkeit, einen Bühnenerfolg erleben zu können. Im 2007 erarbeiteten die Jugendlichen unter Anleitung das Theater 24 Stunden im Park.

## *Beziehungen*

*Interkultureller und interreligiöser Dialog:* Der Kanton beteiligte sich aus dem Lotteriefonds mit Franken 5'000 an Veranstaltungen zur gesamtschweizerischen „Woche der Religionen 2007“. Während der schweizerischen „Woche der Religionen 2007“ fand im Kanton am 6. November die Veranstaltung der "Offenen Kirche Region Olten" zur Baha'i Religion statt.

## *Netzwerk Integration*

Das Netzwerk Integration des Kantons umfasst derzeit mehr als 130 Personen. Dieses Netzwerk wird regelmässig über Aktuelles im Integrationsbereich informiert (elektronisch). Das Netzwerk soll ausgebaut werden um Multiplikatoren und Schlüsselpersonen, die den Zugang zu schwer erreichbaren ethnischen Gruppen erleichtern sollen.

*Förderung von Unternehmerinnen:* Das Projekt von [www.crescenda.ch](http://www.crescenda.ch) gehörte im November 2007 zu den Gewinnern des Schweizerischen Integrationspreises und wurde bereits auch international ausgezeichnet. Der Kanton hat dem Projekt bereits vorher einen Beitrag zugesichert.

*Pilotprojekt Erstsprache und Integration, Albanisch PEIA:* Zahlreiche, albanisch sprechende Schulkinder sind überfordert, ein Sprachgefühl für die Zweitsprache Deutsch zu entwickeln. Im Schulhaus Brühl, Solothurn (Ausländeranteil = ca. 80%) zeigt sich das Problem besonders stark. Das hat gravierende Folgen für den Schulalltag und die Zusammenarbeit mit den Eltern.

Als Folge davon wird in Zusammenarbeit mit der Schulleitung Brühl, der Hochschule Luzern, der machbar GmbH Aarau, zwei Kulturvermittlern und der Fachstelle Integration ein Pilotprojekt entwickelt das dieser Situation Rechnung trägt und die Eltern in die mitverantwortliche Integrationsarbeit miteinbezieht.

#### 4.5. Wohnen - Miete

Siehe unter Ziffer 8.5. Oberämter

#### 4.6. Arbeitslosenhilfe und Arbeitsvermittlung

Die Leistungen werden im Volkswirtschaftsdepartement, Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) ausgewiesen.

##### **solo<sup>pro</sup>**

Im ASO wird das Projekt solo<sup>pro</sup>, ein Erwerbsprogramm für ausgesteuerte Personen geführt und begleitet. Hingegen wird auch hier aufgrund eines internen Leistungsvertrages vom AWA rapportiert.

#### 4.7. Opfer - Gewalt

##### **Opfer**

##### *Entschädigung und Genugtuung*

Zu den aus den Vorjahren hängigen 201 Verfahren kamen im Jahr 2007 64 neue (vorsorgliche) Anträge um Entschädigung und Genugtuung dazu. 3 Entschädigungsvorschüsse wurden geleistet und 65 Verfahren abgeschlossen (2006: 2 Entschädigungsvorschüsse, 28 Verfahrensabschlüsse; 2005: 2 Entschädigungsvorschüsse, 57 Verfahrensabschlüsse). Dabei wurden Fr.208'403.60 an Genugtuungen und Fr. 19'559.70 an Entschädigungen ausbezahlt. Insgesamt wurden somit Fr. 299'936.30 (2006: 258'914.65; 2005: Fr. 258'460.90) ausgerichtet.

Dies macht einen Anteil von 29.9 % an die Gesamtjahresausgaben von Fr. 1'109'886.40 (2006: Fr. 1'015'333.-; 2005: 951'793.75) aus.

Übersicht	31.12.0 2	31.12.0 3	31.12.0 4	31.12.0 5	31.12.0 6	31.12.07
+ Anzahl neu eingegangener G/E		+ 60	+ 51	+ 63	+47	+64

Gesuche						
- Anzahl Schlussverfügungen OHG		- 51	- 40	- 57	- 28	- 66
<b>= Anzahl hängiger Dossiers (inkl. hängiger Regress-Dossiers)</b>	<b>156</b>	<b>165</b>	<b>176</b>	<b>182 (202)</b>	<b>201 (231)</b>	<b>199 (229)</b>

Seit dem 1. Januar 2006 wurde die Anzahl im Berichtsjahr abgeschlossener Fälle auf eine neue Basis gebracht. Fallabschluss ist seither der Abschluss des Regresses gegenüber der Täterschaft, nicht wie bis zuvor die Rechtskraft der abschliessenden Opferhilfeverfügung. 234 Dossiers, davon 30 Regressdossiers, waren am 31. Dezember 2007 noch in Bearbeitung.

Die Geschäftskontrolle wurde ab dem 1. Januar 2007 den Vorgaben des Bundesamtes für Statistik angeglichen: Jedes Opfer wird als einzelner Fall behandelt und erhält damit eine eigene Dossiernummer. Einzig bei Notaufnahmen von Frauen mit Kindern wurde einfachheitshalber eine einzige Dossier- bzw. Fallnummer erstellt. Der grosse Anstieg der Anzahl Dossierfälle ist auf die veränderte Praxis der Fallaufnahme zurückzuführen und nicht auf eine effektive Zunahme der Gesuche.

Rückerstattet wurden im Jahr 2007 Fr. 19'801.30 und abgeschrieben wurden Fr. 279'527.65.

#### *Sofort- oder weitere Hilfen*

Ausgerichtet wurden Leistungen im Umfang von Fr. 433'623.10. Für 265 Personen (+ 24 Kinder in Frauenhäusern) wurden Leistungen erbracht, davon als Soforthilfen Fr. 208'031.25 (48 %). (2006: Fr. 373'568.35; 246 Fälle, davon Fr. 215'625.40 Soforthilfe, entspricht 72 % Soforthilfe; 2005: Fr. 316'882.80, 167 Fälle, davon Fr. 192'957.70, entspricht 60 % Soforthilfen). Dies macht einen Anteil von 43 % an die Gesamtjahresausgaben von Fr. 1'109'886.40 aus.

Im Jahr 2007 wurden 145 neue Kostengutsprachedossiers eröffnet, wobei bei 16 Fällen gleichzeitig ein Gesuch um Genugtuung und Entschädigung eingereicht wurde. 109 dieser Dossiers konnten im 2007 wieder abgeschlossen werden. Per 31. Dezember 2007 waren noch insgesamt 141 Kostengutsprachedossiers hängig.

#### *Leistungsvereinbarungen*

An die Trägerschaften der Opferhilfe AG/SO, des Frauenhauses Aargau, dem Fraueninformationszentrum Zürich FIZ, der dargebotenen Hand (Nordwestschweiz, Aarau) und der Telefonhilfe 143 wurden 2007 insgesamt Fr. 371'000.- an Sockelbeiträgen überwiesen. Dies macht einen Anteil von 37.1 % an die Gesamtjahresausgaben von Fr. 1'109'886.40 aus.

#### *Regress*

Auf Anregung der kantonalen Finanzkontrolle wurde im Jahr 2006 ein Konzept erstellt, wie die Regressfälle bis zum Verjährungseintritt bewirtschaftet werden sollen. Dabei wurde u.a. festgelegt, dass bei der Täterschaft ausländischer Herkunft mit aktuellem Aufenthalt im Ausland (aufgrund Landesverweis oder Flucht) auf Antrag des ASO eine Eintragung ins ZEMIS-Register erfolgen soll. Das entsprechende Gesuch, Einträge betr. Regressschuldern zuzulassen, ist noch beim Bundesamt für Migration hängig.

## **Täter**

### *Lernprogramm*

Im Jahre 2007 wurde amtsintern die Teilnahme an Täterprogrammen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt beschlossen, um der erwiesenen hohen Rückfallgefahr etwas entgegenzusetzen. Mit der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt des Kantons BL wurde eine Anbieterin von einem Lernprogramm für gewalttätige Männer gefunden, welche über langjährige und evaluierte Erfahrung in diesem Bereich verfügt und für eine Zusammenarbeit mit dem Kanton aufgeschlossen ist. Ursprünglich wurde der Start des Pilotprojektes auf den 1. Januar 2008 gesetzt. Die Polizei, welche eine wichtige Rolle für den Erfolg des Lernprogramms im Kanton spielt, lehnte jedoch diesen Zeitpunkt ab, da sie im ersten Halbjahr des Jahres 2008 bereits einige wichtige Schulungen durchführen und aufgrund von Grossanlässen wie der EM stark beansprucht wird. Der Beginn der Teilnahme am Lernprogramm gegen häusliche Gewalt der Interventionsstelle BL findet deshalb ab dem 2. Semester 2008 statt.

## **4.8 Gewalt**

### *Konzept*

Die Arbeitsgruppe Jugendgewalt stimmte – mit Ausnahme eines Mitgliedes - im September 2007 dem vom Amt für soziale Sicherheit verfassten Leitbild und Konzept zur wirksamen Gewaltprävention zu. Der Regierungsrat nahm mit Beschluss Nr. 2007/1758 vom 22. Oktober 2007 davon Kenntnis und beauftragte die jeweiligen Departemente, die Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen im Einzelfall zu prüfen und die Projekte zu evaluieren. Der Start der Umsetzung der im Projektplan vorgesehenen Massnahmen erfolgte im Amt für soziale Sicherheit ab Januar 2008.

### *Kampagne*

Gestützt auf RRB Nr. 2007/46 vom 16. Januar 2007 wurde die Werbeagentur eggenchwiler arm & friends damit beauftragt, eine Kampagne zum Thema Gewaltprävention durchzuführen sowie eine Website „so-gegen-gewalt“ aufzuschalten. Von Juli bis September 2007 wurde eine Inserate-Kampagne geführt und im November bis Dezember 2007 wurden in einigen Kinos die Plakate gezeigt. Die Gesamtkosten für die Kampagne sowie die Website beliefen sich auf Fr. 124'759.75 wovon Fr. 120'000.- Ende 2007 überwiesen wurden. Der Restbetrag von Fr. 4'759.75 wird im Jahr 2008 zusammen mit den Aufwänden für die neue Kampagne bezahlt.

### *Projekte*

Gestützt auf RRB 2006/1268 vom 4. Juli 2006 konnten im letzten Jahr Einzelmassnahmen situativ vorzeitig, d.h. noch vor Vorliegen des Gesamtkonzeptes Gewaltprävention, ergriffen werden. Mit RRB 2007/1569 wurden deshalb drei Präventionsprojekte aus Mitteln der Bettagskollekte 2006 (Sammelzweck: „Gewaltprävention, Präventionsprojekte für Kinder und Jugendliche“) finanziell unterstützt.

### *Gewalt – Nein danke! Eine Projektreihe des Alten Spitals Solothurn*

Die Projektreihe beinhaltete verschiedene Aktivitäten, um die Kinder und Jugendlichen zur Zivilcourage zu ermuntern. Der Projektreihe wurden Fr. 5'000.- zugesprochen und überwiesen.

### *Film „Faustrecht“ für die Schulen des Kantons*

Der Schweizer Dokumentarfilm „Faustrecht“ bildet eine gute Unterrichtsbasis für eine thematische Auseinandersetzung mit dem Phänomen Jugendgewalt. Auf Initiative des Kinos im Uferbau und des ASO ist es gelungen, den Film bereits mehreren Schulklassen

zu zeigen. Weitere Vorführungen stehen noch an. Ausgehend von einer Beteiligung von 1'000 Schülerinnen und Schülern wurde das Kostendach auf Fr. 16'000.- festgelegt.

#### *Veranstaltung zum Thema „Jugendgewalt – was können wir dagegen tun?“*

Am 12. Dezember 2007 wurde in Zusammenarbeit mit dem Elternmagazin Fritz&Fränzi der Stiftung Elternsein im Landhaus Solothurn ein Podiumsgespräch mit Fachleuten und zwei Jugendlichen durchgeführt. Das Theaterforum [www.bilitz.ch](http://www.bilitz.ch) regte mit konkret gespielten Szenen zum Nachdenken an und sorgte für Diskussionsstoff. Für die Veranstaltung wurden Fr.9'591.60 überwiesen.

## **4.9. Sucht**

### *Allgemein*

Für das Jahr 2007 wurden für die ambulanten und stationären Institutionen letztmals einjährige Leistungsverträge abgeschlossen. Für die kommenden Jahre sind Leistungsvereinbarungen für vier Jahre geplant. Die Einführung des Erfassungsinstrumentes E-Case ist in allen Institutionen mehrheitlich abgeschlossen. Der reguläre Betrieb erfolgt ab Januar 2008, wobei in den stationären Institutionen die ersten vier Monate als Pilotphase gelten.

### *Fachkommission Sucht*

Die Fachkommission Sucht trat neun Mal zusammen. Schwerpunkt bildete die Leitbildentwicklung für eine neue Suchtpolitik. Das Leitbild gibt einen Überblick über den suchtpolitischen Handlungsbedarf, formuliert Leitsätze dazu und definiert Ziele, Strategien sowie Handlungsfelder und Massnahmen. Dazu wurde am 20.09.2007 eine Veranstaltung mit Fachpersonen aus dem Suchtbereich durchgeführt. Die Leitbildentwicklung wurde von Herr Dr. Markus Spinatsch, Beratung für Politik und Verwaltung in Bern als Experte begleitet. Das Leitbild wurde von der Fachkommission am 26.10.2007 verabschiedet. Da das Leitbild gewisse Unschärfen aufweist, wird es vor der Überweisung an den Regierungsrat im ASO nochmals überarbeitet.

### *Mittelverteilung Suchthilfe*

Das Leistungsfeld Suchthilfe wird mit 4 Mio. Franken hauptsächlich von den Einwohnergemeinden finanziert (kommunales Leistungsfeld). Aus dem Alkoholzehntel wurden 197'000 Franken für Projektunterstützungen in der Prävention aufgewendet. Der Beitrag aus dem Alkoholzehntel an das Vermittlungs- und Rückführungszentrum für das Jahr 2008 wurde auf Fr. 50'000 gekürzt. Weitere Fr. 50'000 werden aus dem Ausgleichskonto Asyl finanziert und weitere Fr. 25'000 werden aufgrund gesunkener Fallzahlen eingespart. Nicht mehr aus dem Alkoholzehntel werden die Kosten (Fr. 40'000) für ein Jugendlager der ASJV bezahlt. Es wird eine Finanzierung aus den Mitteln der Jugendförderung (Lotteriefonds) angestrebt. Der Verein öffentliche Sozialberatung Dorneck-Thierstein (VöSb) konnte in den letzten Jahren aus der Mittelverteilung Suchthilfe insgesamt Rückstellungen von Fr. 630'000 (Stand Ende 2006) tätigen. Die Auszahlung der Beiträge 2008 an die Region Dorneck-Thierstein wird deshalb vom Verhandlungsergebnis über die die Rückzahlung, resp. Verwendung der Reserven abhängig gemacht. Für die Zukunft muss die Reservebildung grundsätzlich für alle Suchthilfeeregionen geregelt werden.

### *Ambulante Suchthilfe*

Das Projekt Jugendschutz wurde vorzeitig auf Ende 2007 beendet. Schnittstellenprobleme und Doppelspurigkeiten führten zwischen den beteiligten Organisationen (Blaues Kreuz und den Suchthilfeeregionen) zu Konflikten, die eine Weiterführung des gemeinsamen Präventionsprojektes nicht mehr sinnvoll erscheinen liessen. Als Folge davon wird

mit dem Blauen Kreuz für den Zeitraum 2008–2011 eine Leistungsvereinbarung für Präventionsprojekte mit einem jährlichen Kostendach von 160'000 Fr. abgeschlossen.

#### *Stationäre Suchthilfe*

Der Genossenschaft Oasis A-Z in Solothurn wurde am 29. Januar 2007 die Betriebsbewilligung für sechs bis acht Plätze im betreuten Wohnen erteilt.

Am 25. Februar 2007 wurde der Betrieb der Drogentherapieeinrichtung Unikat in Oensingen definitiv geschlossen. Die Betriebsbewilligung wurde damit aufgehoben.

### **4.10. Menschen mit Behinderungen**

#### *Allgemein*

2007 (2006) wurden solothurnischen und ausserkantonalen Institutionen Fr. 3'980'000.00 (Fr. 3'965'643.55) Betriebskosten- und Defizitbeiträge gewährt.

#### *Fachkommission Behinderung*

In der Fachkommission Menschen mit Behinderung wurden im Jahr 2007 insgesamt 4 Sitzungen durchgeführt.

#### *IVSE*

Die IVSE Verbindungsstelle wurde personell den neuen Amtsstrukturen angepasst.

#### *Bedarfsplanung*

Die Bedarfsplanung 2008 wurde genehmigt und abgeschlossen.

#### *Bedarfserfassung*

Die bedarfsorientierte Erfassung der Leistungserbringung (GBM) ist termingerecht in der Evaluationsphase.

#### *Wohnheime, Tagesstätten und Werkstätten*

Mit sämtlichen Institutionen wurden Leistungsvereinbarungen ab 1. Januar 2008 abgeschlossen. Die Taxen ab 2008 basieren auf den Vollkosten Um die subjektbezogene Abwicklung gewährleisten zu können, wurde eine entsprechende Tutoris-Datenbank aufgebaut. Zusätzliche Betriebsbewilligungen wurden keine erteilt.

#### *KBDS*

Die rechtliche Verselbständigung der KBDS wurde grösstenteils abgeschlossen. Per Mitte 2008 soll sie vollständig vollzogen sein.

#### *Bewilligung und Aufsicht*

Im Rahmen von Bewilligung und Aufsicht mussten im Jahre 2007 keine Verfahren eröffnet und behandelt werden.

### **4.11. Pflege und Betreuung**

#### *Sanaprofil*

Geplant war/ist das Projekt SO!PRA schweizweit einzuführen. Aus diesem Grund wurde es in Sanaprofil umbenannt. Gestützt auf die Leistungsvereinbarung mit dem ASO hat die Pro Senectute 2007 verschiedene Aktivitäten durchgeführt, um Sanaprofil bekannt zu machen. Mehrere tausend Fragenbogen wurden an Hausärzte verschickt oder an Anlässe, wie z.B. HESO verteilt.

### *Spitex*

Im Jahr 2007 wurde die Spitex-Statistik vom Spitex Verband Kanton Solothurn gemäss Leistungsvereinbarung erstellt.

Im Jahr 2007 wurden alle Berufsabschlüsse/Kursbestätigungen der Spitex-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überprüft und bei ungenügender Qualifikation wurden die Organisationen auf Mängel hingewiesen und aufgefordert, Korrekturen vorzunehmen. Es fanden mehrere Kontrollen durch die Controll- und Schlichtungsstelle statt. Viermal wurde diese Gruppe von der Fachverantwortlichen des ASO begleitet. Die Arbeitsgruppe RAI-Homecare des Spitex Verbandes besuchte zusammen mit der Fachverantwortlichen ASO die Spitex in Sursee um das Bedarfserfassungsinstrument vor Ort anzuschauen. Obwohl dieses zu einem Qualitätsschub in der Pflege führen könnte, wird es zur Zeit vom Spitex-Verband aus Kostengründen abgelehnt. Dem Entscheid schliesst sich der Verband der solothurnischen Einwohnergemeinden an. Infolge dieser Bedenken des Umstandes, dass Spitex ein klassisches kommunales Leistungsfeld ist, verzichtet das ASO zurzeit auf Vorgabe einer flächendeckenden Einführung.

### *Heime*

Es wurden 13 (9) definitive Betriebsbewilligungen erteilt. 52 (50) Heime wurden 2007 die Taxen für das Betriebsjahr 2008 bewilligt. 2007 wurden 18 (23) angemeldete Aufsichtsbesuche durchgeführt. Einige standen im Zusammenhang mit der Fortsetzung der Betriebsbewilligung, andere dienten zur Klärung von Fragen in Beschwerdefällen oder waren routinemässig. 2007 fanden auch einige Standortbestimmungen/Gespräche in Heimen statt, die einhergingen mit der Überprüfung der Betriebsbewilligung. Es gingen mehrere Beschwerden ein, die bis auf 1 erledigt werden konnten. Es wurden insgesamt 17 (19) RAI-Audits durchgeführt. Dabei konnte festgestellt werden, dass das RAI/RUG in den meisten Fällen korrekt angewendet wird.

Aufgrund der Verhandlungen mit der santésuisse bezüglich Erhöhung des Pflegetarifs wurde die Umstellung auf den CH-Index per 01.01.2008 unumgänglich. Der Zeitaufwand für Berechnungen, Gespräche, Informationsveranstaltungen war für die GSA, die santésuisse aber auch für das ASO beträchtlich. Ziel ist eine Vereinheitlichung über alle RAI-Kantone hinweg.

### *Projekte*

2007 fanden erste Gespräche betreffend einer Ombudsstelle für Heimbewohner und Heimbewohnerinnen statt.

Aus Mitteln des Lotteriefonds wurde ein Beitrag gesprochen für die Ausstellung und die Anlässe rund um das Thema Alter an der HESO 2007.

## **4.12. Tod - Bestattung**

Standardablauf: Keine besonderen Vorkommnisse.

## **5. Soziale Notlagen: Sozialhilfe und Asyl**

### **5.1. Einleitung**

#### *Fachkommission Menschen in sozialen Notlagen*

Im Jahre 2007 wurde die Fachkommission für Menschen in sozialen Notlagen eingesetzt. Am 15.10.2007 fand die erste Sitzung statt.

## 5.2. Sozialhilfe

Im Berichtsjahr waren 5'205 (5'413) laufende Sozialhilfedossiers zu behandeln. Die Bruttoaufwendungen aller Gemeinden für Sozialhilfe und Massnahmekosten betrugen 78,5 (75,9) Mio. Franken. Nach Abzug von Rückerstattungen und Verwandtenunterstützungsbeiträgen entfielen total 77,6 (74,8) Mio. Franken auf den Lastenausgleich. Im Berichtsjahr wurden 23 (28) Massnahmevollzugsfälle über den Kanton abgerechnet. Sie werden von den Gemeinden als Sozialhilfe angezeigt und dem Lastenausgleich aufgerechnet. An Rückerstattungen und Verwandtenunterstützung konnten im Berichtsjahr total Fr. 944'984.30 (1'458'921.30) vereinnahmt werden. Nach anteilmässiger Verrechnung von Fr. 886'353.60 (1'344'717.75) verblieben Fr. 58'630.70 (114'203.55) aus Rückerstattungen zugunsten des Staates. In 41 (55) Fällen wurden Eingaben in die Vermögensnachlasse von unterstützten Personen gemacht. Daraus resultierten Fr. 266'629.45 (567'561.10). 6 (9) Fälle mussten sistiert werden, da kein genügender Nachlass vorhanden war. Mittels Grundpfandverschreibung sind Fr. 1'099'141.50 (618'749.80) sichergestellt worden. Ende Berichtsjahr waren noch Fr. 890'082.65 (458'656.95) zur Errichtung einer Grundpfandverschreibung angemeldet. Aus dem Vorjahr und dem Berichtsjahr waren total 126 (140) Beschwerden zu bearbeiten. Davon konnten 100 (99) erledigt werden und 26 (41) sind noch hängig. Die Gemeinden wurden mittels 3 (5) "Sozialhilfe-Info/Kreisschreiben" orientiert und instruiert. Der Vertiefungskurs im Rahmen des Weiterbildungszyklus für Funktionsträger/innen in Sozialhilfebehörden des Kantons Solothurn konnte durch die Fachhochschule Nordwestschweiz in Zusammenarbeit mit dem Amt für soziale Sicherheit infolge zu wenig Anmeldungen nicht durchgeführt werden. Im Zusammenhang mit dem „Controlling in der Sozialhilfe“ wurden bei 8 (12) Sozialhilfebehörden Kontrollbesuche vorgenommen bzw. vorbereitet oder nachbearbeitet. 0 (2) Gemeinden konnten mit «sehr gut», 2 (6) mit «gut», 1 (3) mit «genügend» und 0 (1) mit «ungenügend» bewertet werden. 5 wurden noch nicht bewertet, da der Kontrollbesuch effektiv erst im Jahr 2008 abgeschlossen wird.

## 5.3. Nothilfe

### *Nichteintretensentscheid*

Personen mit einem Nichteintretensentscheid NEE haben lediglich Anspruch auf Nothilfe. Personen welche um Nothilfe ersuchen wird seit Mai 2006 eine Aufenthaltsmöglichkeit in kantonalen Unterbringungsstrukturen (vorwiegend Zentrum Balmberg) angeboten. Ende Berichtsjahr wurden noch für 12 (12) Personen die Nothilfe sichergestellt. Die Nettoaufwendungen dafür betrugen 226'150 (317'477) Franken. Sie wurden dem Lastenausgleich Sozialhilfe belastet.

### **Personen mit einen rechtskräftigen Abweisungs- und Wegweisungsentscheid**

Mit der Änderung der Asylgesetzgebung per 01.01.2008 werden Personen mit einen rechtskräftigen Abweisungs- und Wegweisungsentscheid von der Sozialhilfe ausgeschlossen (Sozialhilfestopp) und haben nur noch Anspruch auf Nothilfe, sofern eine Notlage gegeben ist. Die Umsetzung dieser Massnahme erfolgte bereits ab 01.07.2007. Von den 110 betroffenen Personen per Ende Berichtsjahr sind 51 unbekanntes Aufenthaltes, 14 erhielten Nothilfe in einem Durchgangszentrum, 4 waren in Haft, 5 wurden ausgeschafft und 1 Person reiste freiwillig in ihr Heimatland zurück. 38 Personen wurden nach Würdigung der Umstände als „verletzlich“ eingestuft. Bei diesen Personen handelt es sich grösstenteils um Familien mit schulpflichtigen Kindern oder kranke Personen. Ihnen wird die Nothilfe vorderhand in der angestammten Gemeindeunterkunft ausgerichtet. Die Kosten des Sozialhilfestopps gehen für das Berichtsjahr noch zulasten der Asylrechnung; ab 1. Januar 2008 werden aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen sämtliche Kosten im Bereich der Nothilfe dem Lastenausgleich Sozialhilfe angelastet.

## 5.4. Asyl

Nach dem Asylgesetz hat der Kanton Solothurn 3,5% der Personen aufzunehmen, welche beim Bund ein Asylgesuch stellen. Der Bund verzeichnete im Berichtsjahr 10'387 (10'537) Gesuchseingänge. Somit wurden dem Kanton Solothurn 259 (302) asylsuchende Personen zugewiesen. Per Ende 2007 befanden sich 1'291 (1'437) Personen aus dem Asylbereich und mit vorläufiger Aufnahme im Kanton Solothurn. Davon waren 436 (505) Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre.

### *Asylsuchende*

Der Kanton Solothurn verfügt seit 2005 in der 1. Unterbringungsphase über total 120 Plätze (Oberbuchsiten 76, Balmberg 38 und 6 Notplätze in einer Wohngruppe). Die Unterkunft Zuchwil dient nach wie vor als Bildungszentrum. Per 30.06.2007 endete der befristete Leistungsvertrag mit der Caritas Schweiz über die Betreuung asylsuchender Personen in den kantonalen Kollektivunterkünften. Nach Ausschreibung des Leistungsvertrages und Evaluation der Offerten wurde die Firma ORS Service AG, Zürich (ORS) mit der Aufgabe betraut. Die ORS stellt daher seit 1. Juli 2007 die Betreuung in den kantonalen Asylzentren sicher und führte im Berichtsjahr die Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme weiter. Weiter stellt sie das begleitete Wohnen (BEWO) für asylsuchende Personen sicher. Dieses umfasst 10 dezentralisierte Wohngruppen. Die Fachstelle Gesundheitskosten bei der Caritas Schweiz wurde im Zuge der Restrukturierung per 01.07.2007 in das Amt für soziale Sicherheit integriert. Mit RRB Nr. 2006/2241 vom 12. Dezember 2006 wurde der kantonale Zuweisungsschlüssel für das Jahr 2007 auf 1 Person pro 1'000 (1'000) EinwohnerInnen festgelegt. Den Gemeinden wurden im Berichtsjahr 211 (231) Personen zugewiesen. Per Ende 2007 zeigten 48 (42) Gemeinden einen Aufnahme-Rückstand von 256 (217) Personen. 36 (25) Gemeinden hingegen wiesen insgesamt einen Aufnahme-Vorsprung von 282 (131) Personen auf. Die kantonalen Aufwendungen im Asylbereich beliefen sich im Jahr 2007 auf 15,8 (16,4) Mio. Franken. Der Ertrag aus Bundesmitteln betrug 16,4 (17,8) Mio. Franken. Somit wurden 0,6 (1,4) Mio. Franken dem Asylfonds als zweckgebundene Rückstellung überwiesen. Per Ende 2007 wurden 472 (556) Sozialhilfedossiers für Personen des Asylbereichs geführt. Im Berichtsjahr mussten 186 (205) Kostengutsprache gesuche im zahnmedizinischen Bereich behandelt werden. Den Medien wurden wiederholt Ausführungen zum Asylbereich gemacht und Auskünfte erteilt. Es wurden keine Kontrollbesuche in den Gemeinden durchgeführt. Der Kanton hat mit dem Bund für die Durchführung von Beschäftigungsprogrammen wiederum eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Die Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte, welche von der Caritas Schweiz bzw. der ORS Service AG im Auftragsverhältnis des Kantons durchgeführt wurden, fanden bei den Asylsuchenden sehr grosses Interesse. Es konnten 429 (437) Kursteilnehmende verzeichnet werden. 388 (374) Teilnehmer haben den Kurs bis zum Schluss besucht: Es haben 24 (25) Personen mit dem Integrationsprojekt für vorläufig aufgenommene Asylsuchende begonnen und 20 (23) davon haben es vollständig absolviert.

### *Flüchtlinge*

Gestützt auf die Bestimmungen des Asylgesetzes fällt die Zuständigkeit zur Sicherstellung von persönlicher und wirtschaftlicher Hilfe aller Flüchtlinge mit Aufenthaltsbewilligung in die Zuständigkeit des Kantons, bzw. der Einwohnergemeinden. Den Einwohnergemeinden werden die Aufwendungen dafür nach Massgabe des Bundes abgegolten. Per Ende 2007 wurden dafür 91 (72) Sozialhilfedossiers geführt. Die Aufwendungen im Flüchtlingsbereich beliefen sich 2007 auf 2,38 (1,62) Mio. Franken. Der Ertrag aus Bundesmitteln betrug 2,67 (1,97) Mio. Franken. Somit wurden 0,29 (0,35) Mio. Franken dem Flüchtlingsfonds als zweckgebundene Rückstellung überwiesen.

## **6. Kinder- und Erwachsenenschutz**

### **6.1. Liquidationen nachrichtloses Vermögen**

Mit einer Weisung wurden die Vormundschaftsbehörden aufgefordert, in ihrer Verwaltung stehende nachrichtlose Vermögen bis zu einem Betrag von Fr. 100'000.00 konsequent auf dem Verwaltungsweg zu liquidieren.

Im Jahre 2007 gingen 8 Anträge von Vormundschaftsbehörden betreffend Liquidation von nachrichtlosen Vermögen ein. Davon sind 2 wegen ungenügendem Nachweis allfälliger Erben noch hängig.

### **6.2. Fürsorgerische Freiheitsentziehung**

#### *Verfahren*

Im Berichtsjahr wurden total 359 Verfahren nach Art. 397a ZGB geführt. Über die geführten Verfahren lassen sich folgende Aussagen machen:

Insgesamt waren 271 Personen im Berichtsjahr von einem Verfahren zur Errichtung einer fürsorgerischen Freiheitsentziehung betroffen. Bei 72 Personen musste die bereits angeordnete Massnahme verlängert werden, d.h. diese Personen benötigten einen längeren stationären Aufenthalt, als bei Eintritt in die Klinik vermutet worden war. In 3 Verfahren erfolgte eine Versetzung an einen anderen Vollzugsort. 9 Personen wurden zur stationären Begutachtung zwecks Klärung des psychischen Gesundheitszustandes in eine psychiatrische Klinik eingewiesen.

Bei 103 Personen wurde das Verfahren eingestellt, da sich dieselben zu einem freiwilligen Aufenthalt in einer psychiatrischen Klinik entschliessen konnten.

Bei 19 Personen wurden mittels Verfügung Weisungen zur ambulanten psychiatrischen Betreuung erteilt.

Gesamthaft wurden im Berichtsjahr 441 Verfügungen erlassen.

Bis auf wenige Einzelfälle wurde die fürsorgerische Freiheitsentziehung in psychiatrischen Kliniken vollzogen.

#### *Beschwerden*

Gegen die Verfügungen über die Verfahren i.S. fürsorgerischer Freiheitsentzug wurden beim Verwaltungsgericht 84 Beschwerden eingereicht. Davon wurden vom Verwaltungsgericht 5 Beschwerden gutgeheissen, 2 Beschwerden teilweise gutgeheissen, 24 Beschwerden abgewiesen, 53 Beschwerden als gegenstandslos oder infolge Rückzugs abgeschrieben, auf 1 Beschwerde wurde nicht eingetreten.

### **6.3. Adoptionen**

Im Berichtsjahr gingen insgesamt 8 neue Gesuche um Erteilung einer provisorischen Pflegeplatzbewilligung zur Aufnahme eines Kindes zwecks späterer Adoption ein. Mit 9 interessierten Paaren wurden persönliche Gespräche geführt. 8 Paaren konnte eine provisorische Pflegeplatzbewilligung erteilt werden, welche sie dazu berechtigt, sich um ein Kind aus dem Ausland oder aus der Schweiz zu bewerben. 1 provisorische Pflegeplatzbewilligung konnte um ein weiteres Jahr verlängert werden. 2 Adoptivelternkandidatenpaare haben sich entschieden, ihre Bewerbung zurück zu ziehen.

Im Berichtsjahr konnten zudem 5 positive Matching-Entscheide gefällt bzw. definitive Pflegeplatzbewilligungen für Kinder aus Staaten erteilt werden, in denen die Adoptionsverfahren nach dem Haager Übereinkommen geführt werden. Die Herkunftsländer waren Kolumbien und Sri Lanka. In demselben Zeitraum konnten zudem zwei definitive Pflegeplatzbewilligungen an Adoptivelternkandidaten erteilt werden, welche Kinder aus Staaten aufnahmen, die das Haager Übereinkommen nicht ratifiziert haben. Das Herkunftsland war hierbei in beiden Fällen Äthiopien. Weiter konnten zwei definitive Pflegeplatzbewilligungen an Paare erteilt werden, welche ein in der Schweiz geborenes Kind bei sich zwecks späterer Adoption aufgenommen haben.

## **7. Sanktionen**

*Rückblick:* Die Sozialsanktionen werden generell in den sozialen Leistungsfelder erbracht. Um die Aufgaben zu koordinieren wird jedoch eine Beauftragte eingesetzt, welche diese Querschnittsaufgabe vernetzt.

*Ausblick:* Die Sanktionsmöglichkeiten sind zusammenzufassen und in einem Konzept darzustellen.

## **8. Oberämter**

### **8.1. Wahlen und Abstimmungen**

2 eidg. und 3 kant. Vorlagen gelangten zur Abstimmung. Insgesamt fanden 7 Ersatzwahlen statt und 12 Amtsgelöbnisse wurden abgenommen.

### **8.2. Vollstreckungen**

Vollstreckungen nach Verwaltungsrechtspflegegesetz: Es wurden 51 (50) Vollstreckungen angebeht, insgesamt mussten 2 (0) Ersatzvornahmen (Zwangsvollstreckungen) angeordnet werden, gegen 2 (5) wurde Verwaltungsgerichtsbeschwerde erhoben. Vollstreckungen nach Zivilprozessordnung: Es wurden 58 (71) Vollstreckungen angebeht. Einsprachen beim zuständigen Oberamtsvorsteher erfolgten 3 (8) und in 1 (5) Fällen wurde das Verwaltungsgericht angerufen: Exmissionen: Es wurden 145 (165) Miet-Exmissionen durchgeführt. In 3 (4) Fällen wurde das Verwaltungsgericht angerufen. Einweisungen in geschlossene Kliniken: Nach VRG wurden 2 (0) Einweisungsverfügungen durchgesetzt.

### **8.3. Sozialaufgaben, Vormundschaft**

Adoptionen: 7 (21) Untersuchungsaufträge und 5 (9) Zustimmungsverfahren zu Adoptionen wurden durchgeführt.

Pflegekinder: am 31.12.2007 waren 113 (129) Kinder bei Pflegeeltern in Familienpflege sowie 153 (177) in Tagespflege mit Entgelt untergebracht. 58 (52) Spielgruppen sind z.Zt. der oberamtlichen Aufsicht unterstellt. Es sind 53 (65) Pflegeverhältnisse aufgelöst worden (Erreichung Altersgrenze, Wegzug, Rückkehr zu den Eltern). Ausserdem wurden 0 (2) Kinder adoptiert.

Inkasso von Unterhaltspflichten (Alimente): 639 (746) Inkassi wurden durchgeführt; Betrag Fr. 4812053.23 (4953901.-). Bevorschussung von Kinderalimenten: z.Zt. erfüllen 1188 (1074) Gesuchsteller die Voraussetzungen zur Bevorschussung der Kinderalimente. Total wurden Fr. 8897271.85 (8834889.-) bevorschusst. Der Inkassoerfolg an laufenden sowie früheren Bevorschussungen beziffert sich auf Fr. 4405036.80 (3071917.-). Fr.

4492235.05 (5762972.-) ist der Anteil der Gemeinden. 61 (78) Lohnabzüge; 50 (32) Strafklagen; 25 (26) Auslandinkasso; 16 (21) Gesuche um Rentenauszahlung an eine Drittperson; 26 (28) Löschung Verlustschein infolge Bezahlung; 789 (755) Betreibungsbegehren; 50 (50) Rechtsöffnungsbegehren; 739 (630) Fortsetzungsbegehren; 135 (39) Verwerfungsbegehren; 19 (13) Konkurseingaben; 0 (0) Inventareingaben.

Vormundschaftliche Beschwerden: Eingereicht wurden 80 (80); davon sind 41 (39) entschieden und in Rechtskraft erwachsen; in 5 (17) Fällen wurde die nächste Instanz angerufen. Vormundschaftliche Massnahmen: 9 (12) Vormundschaften und 9 (15) Beiratschaften wurden verfügt. Vormundschaftliche Rechnungsablagen: Nachprüfungen und Genehmigungen erfolgten in 1039 (1386) Fällen; in zutreffenden Fällen wurden Bereinigungsverfahren durchgeführt. Vormund-, Beistand- und Beiratschaften sowie Erziehungsaufsichten: am 31.12.2007 waren insgesamt 4188 (4013) Personen vormundschaftlicher Massnahmen unterstellt, davon 2897 (2606) Nichtkantonsbürger. Die Durchführung von öffentlichen Inventaren ist für 0 (0) Fälle verfügt worden. Entzug der elterlichen Sorge: Entscheidverfahren wurden in 0 (1) Fall durchgeführt. Betreuungsmassnahmen: Massnahmen wurden 2 (323) verfügt und Anträge auf fürsorgereische Freiheitsentziehung erfolgten 5 (34), Ermahnungen 1, Verwarnungen 1, Verpflichtungen zur Enthaltsamkeit 0, Zuweisung an Fürsorgestellen 292, Anträge auf vormundschaftliche Massnahmen 1, Weisungen (ärztl. Behandlung unterziehen) 0, freiwillige Heim- bzw. Anstaltseintritte 0 und schliesslich KAPO-Meldungen von Drogenkonsumenten 257.

#### **8.4. Beratungen - Vermittlungen - Abklärungen**

Ombudsgeschäfte:

Beratung der Bürger im Kontakt mit der Verwaltung: Anzahl Beratungen 68 (48) schriftlich, 850 (624) telefonisch und 210 (154) persönlich. Beratungsdienst der Oberämter: 178 (183) schriftlich, 4540 (4810) telefonisch und 470 (506) anlässlich persönlicher Vorsprachen. Kantonale Einsichtsstelle gemäss Art. 12 des Publikationsgesetzes: Die Staatskanzlei und die Oberämter Thal-Gäu, Olten-Gösgen sowie Dorneck-Thierstein sind als kantonale Einsichtstellen bezeichnet. Dies erfordert eine permanente A-jour-Haltung der Gesetzessammlungen und die entsprechende Betreuung der Einsichtsuchenden.

Mietschlichtung

Anrufungen: 610 (617) Begehren i.S. Mietzinserhöhung, Kündigung, Gesuch um Erstreckung des Mietverhältnisses, Hinterlegung von Mietzinsen etc. bewirkten Durchführungen von Verfahren (Präsidial- und Dokumentenbeweisverfahren, Verhandlungen vor Schlichtungsbehörden etc.). Erledigung: 290 (330) Vergleiche, 90 (103) Feststellungen keiner Einigung, 204 (175) Rückzüge, 30 (45) Entscheide (Urteilsofferten, die bei Inkrafttreten einem gerichtlichen Urteil entsprechen). Beratung/Auskünfte: Beratungen (telefonisch, persönlich und/oder schriftlich) erfolgten laufend und erfordern einen durchschnittlichen Aufwand von 84 (65) Stunden wöchentlich. Schlichtungsbehörde: Es fanden 125 (138) halbtägige Sitzungen statt, wobei die Oberämter jeweils mit zwei Personen (Präsidium sowie Schriftführungen) mitzuwirken haben, 350 effektive Verhandlungen wurden durchgeführt.

Schlichtungsstelle für die Gleichstellung der Geschlechter  
Anrufungen erfolgten keine, Beratungen 1.

#### **8.5. Weitere Aufgaben**

In dem Berichtsjahr 2007 ergab die Bettagskollekten einen Betrag von Fr. 162939.30 (167759.75). Hundehaltung: 241 (145) Klagen gingen ein und wurden mit Entscheidverfahren gebührenpflichtig erledigt. Einbürgerungen: Berichte und Befragungen in 516

ordentlichen sowie 221 erleichterten Einbürgerungsverfahren wurden verfasst bzw. durchgeführt. Bewilligungsverfahren wurden durchgeführt: 24 (163) Grenzkarten (kleiner Grenzverkehr schweizerisch-deutsche Grenze); 149 (170) Ausweise für Invalide (Fahrvergünstigungen), 293 (333) Freianglerbewilligungen; 99 (91) Fischereikarten; 29 (36) Leichenpässe.

()Die Zahlen in Klammern basieren auf dem Stichtag per 31.12. oder aber auf dem Durchschnittswert des Jahres 2007.